

Christoph Strässer (SPD)

## Zur China-Politik der Bundesregierung

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Sehr geehrter Herr Königshaus, Sie tun so, als würden wir die menschenrechtliche Komponente bei der China-Debatte vernachlässigen. Wir hatten aber in den letzten drei Monaten wohl vier Debatten zu den Themen China, Menschenrechte und Tibet sowie Große Anfragen und Aktuelle Stunden. Wenn uns also jemand vorwirft, wir würden die Thematik der Menschenrechte in China nicht problematisieren, dann ist dies eine Konterkarierung der Realität im Deutschen Bundestag, meine Damen und Herren.

(Gert Weisskirchen [Wiesloch] [SPD]: Wohl wahr! Jede Woche einmal mindestens!)

Lassen Sie mich diese menschenrechtliche Thematik in einigen Punkten ansprechen. Das Erste, was Johannes Pflug erwähnt hat, ist mir ganz wichtig. Ich möchte nämlich an einem Beispiel aufzeigen, wie und in welchen Dimensionen auch unterschiedliche Facetten der chinesischen Wirklichkeit deutlich werden. Er hat unseren Versuch angesprochen, mit Bürgerrechtlerinnen und Bürgerrechtlern in Peking ein Gespräch zu führen. Das hat die Deutsche Botschaft mit fünf prominenten Menschen vorbereitet. Allerdings erreichte uns am Vormittag jenes Tages die Nachricht, dass das Gespräch abgesagt wurde. Wir haben natürlich gefragt, warum dieses Gespräch abgesagt wurde und ob es seitens der Chinesen gecancelt wurde. Aber nein, die Antwort lautete: Diese Bürgerrechtlerinnen und Bürgerrechtler hatten Angst. - Sie hatten Angst, weil vor ihren Häusern die Staatssicherheit positioniert war. Sie hatten Angst, weil sie in Anrufen bedroht worden sind und um ihre persönliche Sicherheit fürchten mussten.

Nun ist etwas passiert, was ich hervorheben möchte, wenn es um Werte in der Außenpolitik geht. In diesem Zusammenhang möchte ich das Agieren unseres Außenministers ganz hoch einsortieren. Er hat nämlich seinen Besuch an dieser Stelle genutzt und in Gesprächen mit dem Vizeaußenminister der Volksrepublik China gefordert: Unser Gespräch mit der chinesischen Führung werden wir nur dann ordentlich weiterführen können, wenn es ein Gespräch mit Bürgerrechtlerinnen und Bürgerrechtlern in Peking geben wird.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Meine Damen und Herren, dieses Gespräch hat dann letztendlich stattgefunden. Ich kann Ihnen auch über die Wirkung dieses Gesprächs berichten, die es nicht nur bei uns entfaltet hat; wir sagen nämlich immer, dass es uns gut tut. Die Frau - sie ist die Sprecherin der Toten vom Tiananmen-Platz -, mit der wir gesprochen haben, hat uns in einer sehr bewegenden Rede Folgendes gesagt: Das heutige Gespräch mit dem deutschen Außenminister ist für mich so etwas wie ein Durchbruch in meiner politischen Arbeit. Das wünschen wir uns. - Sie ist uns unendlich dankbar dafür gewesen, dass wir es möglich gemacht haben, dieses Gespräch zu führen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Ich will an diesem Punkt noch etwas anderes deutlich machen; das betrifft das, was wir heute diskutieren. An diesem Ereignis wird deutlich, welche unterschiedlichen Perspektiven die chinesische Innenpolitik aufweist. Auf der einen Seite gibt es - das ist uns auch sehr deutlich gesagt worden - Probleme mit einem stark beharrenden Apparat, der zum Beispiel für das Aufstellen von Staatssicherheitseinheiten vor den Häusern der Bürgerrechtler verantwortlich ist. Aber es gibt eben auch die andere Seite dieser chinesischen Politik,

(Gert Weisskirchen [Wiesloch] [SPD]: So ist es!)

für die die Reformer stehen, die sich in der Konfrontation, die wir vor Ort erlebt haben, durchgesetzt haben, indem sie dieses Gespräch ermöglicht haben.

Für mich ist eine der Erkenntnisse aus dieser Reise unserer Delegation, dass wir uns fragen müssen: Wen unterstützen wir eigentlich? Wen unterstützt die deutsche Außenpolitik und mit welchen Mitteln? Ich kann nur sagen: Unser klarer Anspruch muss sein, diejenigen politischen Kräfte in China zu unterstützen, die an dieser Reformpolitik, so langsam sie auch vorangeht und so schwer sie durchzusetzen ist, festhalten. Denn mit diesen Menschen werden wir einen Dialog führen können, der letztendlich die Volksrepublik China, was den Aspekt Menschenrechte betrifft, voranbringt. Das ist die klare Botschaft.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich möchte noch an zwei anderen Stellen deutlich machen, wo wir die Diskussion über Probleme im Zusammenhang mit den Menschenrechten fortführen müssen. Der Präsident hat die abgesagte Reise des Menschenrechtsausschusses schon angesprochen. Ich füge hinzu: Wir wenden uns hier in dieser Angelegenheit zwar an unsere chinesischen Partner und an den chinesischen Botschafter. Aber der Menschenrechtsausschuss hat auf seine Bitte, dass auch andere Ausschüsse auf die Absage der Reise reagieren mögen, keine Reaktion erfahren. Wenn man gegenüber den Chinesen den Mund spitzt, aber intern nicht pfeift, dann wird unsere Kritik nicht ernst genommen werden. Diesen Punkt sollten wir in unseren Beratungen einmal ansprechen.

Aus unseren Gesprächen ergibt sich folgende Botschaft: Wenn wir einen Dialog wollen - Dialog ist kein Selbstzweck, aber er ist wichtig; wir haben gesehen, dass es an vielen Stellen vorangeht -, dann brauchen wir dafür einen Partner. Ich sage es jetzt einmal etwas salopp: Wir können uns als Deutsche, als Europäer oder als internationale Gemeinschaft unsere Partner auf der anderen Seite nicht backen. Sie sind so, wie sie sind. Deshalb finde ich es ausgesprochen gut und richtig, wenn wir von hier aus signalisieren, dass wir darin übereinstimmen, dass wir sie akzeptieren müssen.

Eine Botschaft von Helmut Schmidt, die schon 30 Jahre alt ist und die sich heute bewahrheitet, lautet: Die westliche Besserwisserei, die in Peking an den Tag gelegt wird, ist von Übel. - Ich kann mich dieser Feststellung nur anschließen und sagen: Wir wollen und müssen diesen Dialog weiterführen. Denn er wird dazu führen, dass die von China betriebene Öffnungspolitik auch unter menschenrechtlichen Aspekten unumkehrbar ist. Dafür sollten wir gemeinsam arbeiten und andere Dissonanzen im Zusammenhang mit der Frage, wer eine wertegebundene und ethisch verantwortungsvolle Außenpolitik macht, zurückdrängen. Menschenrechtspolitik soll den Menschen nutzen; daran sollten wir sie messen.

Auch ich sage der Bundesregierung herzlichen Dank für die Antworten, aber auch für ihre konstruktive Menschenrechtspolitik gegenüber China, die in den letzten Wochen und Monaten betrieben worden ist.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)